

12. FEB. 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/30

Bonn, den 12. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Machtzuwachs für Ulbricht</u> Staatsrat ersetzt Ministerrat Von Eberhard Zachmann, Berlin	65
2	<u>Verräterisches Schweigen</u> Der Bundeskanzler und Skandinavien	27
3 - 4	<u>"Pädagogisches Museum Europas"</u> Brief eines rheinland-pfälzischen Lehrers an Ministerpräsident Peter Altmeier	54
4	<u>In Würzburg geht ein böses Wort um</u> "DIE werden den Herterich fertigmachen"	24
5 - 6	<u>Universität Bochum vor neuen Aufgaben</u> Weitgesteckte Ziele der modernen Hochschule Von Dieter Bielenstein	84

Chefredakteur Günter Markscheffel

Machtzuwachs für Ulbricht

Staatsrat ersetzt Ministerrat
Von Eberhard Zachmann, Berlin

Was der Ministerrat in Ostberlin auf seiner ersten Sitzung nach dem Abschluß des VI.-SED-Parteitag beschoß, ist mehr als eine Umorganisation im Regierungsapparat. Es geht auch weit über eine Zweiteilung der Partei- und Regierungsarbeit in Industrie und Landwirtschaft nach dem von Chruschtschow in der Sowjetunion praktizierten Vorbild hinaus. In Wirklichkeit hat es Ulbricht verstanden, hinter der Fassade organisatorischer Änderungen und der Ablösung einiger Minister seine eigene effektive Machtausübung beträchtlich zu verstärken.

Der Beschluß des Ministerrats vom 7. Februar, seine Hauptaufgabe künftig in der "Planung und Leitung der Volkswirtschaft" zu sehen, bedeutet in der Praxis eine Abtänkung als Regierungsorgan, seine Degradierung zu einem allerdings mit umfassenden Vollmachten ausgestatteten Verwaltungsorgan. Die Auflösung des Ministeriums für Landwirtschaft und seine Umwandlung in einen "Landwirtschaftsrat" beim Ministerrat, wie auch die Schaffung der beiden neuen "Staatlichen Komitees" für "Erfassung und Aufkauf" sowie für "Landtechnik" sind nur die äußeren Zeichen für diese Entwicklung.

Was nicht ausdrücklich erwähnt wurde, ist die Tatsache, daß mit dieser starken Beschränkung des Ministerrats auf Verwaltungsfunktionen gleichzeitig die Bedeutung des sowjetzonalen Staatsrates und seines Vorsitzenden Ulbricht wesentlich gestiegen ist. Ulbrichts Macht ist damit von neuem gestärkt worden, da logischerweise künftig der Staatsrat - was die gesamtpolitischen Direktiven betrifft - mehr oder weniger an die Stelle des Ministerrats und seines Präsidiums tritt, daseich jetzt in der Hauptsache mit der Durchsetzung der vom VI.-SED-Parteitag gestellten Forderungen auf dem Gebiet der Industrie und Landwirtschaft befassen soll.

Keine überraschende Entwicklung

Diese Entwicklung ist keineswegs überraschend. Der Ansatz zu dieser Konzentration der SED-Diktatur in der Hand des Staatsratsvorsitzenden war bereits im Frühjahr 1960 gemacht worden, als nach dem Tode des ersten Zonenpräsidenten Pieck der Staatsrat mit umfassenden Vollmachten geschaffen worden war. Ulbricht kann seitdem als Vorsitzender des Staatsrates an Stelle der Regierung Beschlüsse fassen lassen, die sich auf alle Befugnisse des Ministerrats beziehen. Er kann auch Verordnungen herausgeben, die Gesetzeskraft haben, und somit die Beschlüsse der "Volkskammer" ersetzen.

Die neue Entwicklung nach dem VI.-SED-Parteitag soll jetzt offenbar dieser Position des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht Fleisch und Blut geben, indem der Staatsrat künftig mehr und mehr die eigentlichen Aufgaben der Regierung übernimmt. Ein erster Schritt in dieser Richtung war bereits im Herbst 1962 getan worden, als dem Justizministerium die Befugnis genommen wurde, die Kreis- und Bezirksgerichte der Zone zu beaufsichtigen und ihnen Direktiven zu geben. Schon in Kürze wird eine Neuregelung in Kraft treten, nach der die Kreisgerichte vom zuständigen Bezirksgericht und die Bezirksgerichte vom Obersten Gericht in Ostberlin beaufsichtigt werden. Das Oberste Gericht aber wird künftig nicht mehr vom Justizministerium, sondern direkt vom Staatsratsvorsitzenden Weisungen erhalten.

Auch im Hinblick auf die personalpolitischen Aspekte, die Ulbricht schon immer im Sinne der Erweiterung seiner eigenen Macht zu handhaben verstand, ist der neue Ministerratsbeschluss über die Umorganisation im Regierungsapparat aufschlußreich. Mit der Beschränkung der Ministerratsbefugnisse auf vorwiegend Verwaltungsangelegenheiten ist automatisch eine Abwertung der Stellung des amtierenden Ministerpräsidenten Stoph verbunden, was von neuem zeigt, wie stark gerade dieser SED-Funktionär, der eine Zeitlang als möglicher Nachfolger von Ulbricht galt, in der Gunst des ersten SED-Sekretärs gesunken ist.

Verstärkung des diktatorischen Charakters

Parallel mit der Stärkung der Regierungsvollmachten Ulbrichts in der Praxis ist durch die Umbesetzungen im Ministerrat auch der Einfluß des ersten SED-Sekretärs beträchtlich erweitert worden. Die Funktionäre, die heute im Ministerrat die Schlüsselpositionen für Industrie und Wirtschaft besitzen, gehören zum engsten Kreis um Ulbricht. Nach der Abhalfterung des Leiters der Staatlichen Plankommission Kewis wurde Erich A p e l mit dieser Aufgabe betraut. Er war früher ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen und wurde dann, bevor er die Plankommission erhielt, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats ernannt. Wie Apel ist auch M e u - m a n n , der Leiter des Volkswirtschaftsrates, Mitglied des Politbüros.

Eine Analyse der mit dem Ministerratsbeschluss zusammenhängenden Vorgänge legt eindeutig dar, daß es sich nicht nur um eine Umstellung der Regierungsarbeit nach neuen Organisationsprinzipien handelt, sondern um eine Verstärkung des diktatorischen Charakters des Zonenstaates.

+ . . . +

Verräterisches Schweigen

sp - Die Kontroverse um die unetrittenen Äußerungen des Bundesverteidigungsministers anlässlich einer Klausurtagung der schleswig-holsteinischen CDU hält an und schlägt weitere Wellen. Von Hassel fühlte sich befugt, Gedanken des Bundeskanzlers wiederzugeben, ein kühnes Unternehmen, über das manche andere schon gestolpert sind. Laut einer CDU-Korrespondenz meinte von Hassel:

"Es kommt ein zweiter, politischer Grund hinzu, der sicher ernstzunehmen ist. Der Kanzler sagt: wie weitet sich dieses Europa dann aus, wie sieht das politische Bild dieses Europas aus? Es kommt hinein das sozialistische Dänemark, das sozialistische Norwegen, das sozialistische Island, vielleicht ein von Labour regiertes Großbritannien. Das sozialistische Schweden ist schon neutral, Finnland ebenfalls. Was in Italien auf die Dauer passiert, mit Rechts und Links, weiß man nicht. Der Bundeskanzler hat also die politische Besorgnis, daß, wenn die anderen alle hineinkommen, dann das ganze Europa u.U. ein Gebilde wird, in dem plötzlich der Sozialismus tonangebend wird, der im Grunde neutralistische Grundhaltungen hat. Nun muß man aber auch wissen, daß der Bundeskanzler sehr wohl die Auffassung teilt; wenn man eine Lösung findet, die England an den Kontinent heranbringt ohne daß all die anderen Begleiterscheinungen dadurch auch ausgelöst werden... dann bin ich, Adenauer, der Auffassung, die Engländer sollen mit hinein."

Der Sprecher der Bundesregierung, darauf angesprochen, redete am Thema vorbei, er fühlte sich ausserstande, authentische Interpretationen zu geben. Die ganze leidige, unsere Freunde verwirrende Angelegenheit könnte mit einer jeden Zweifel ausschliessenden Erklärung des Bundeskanzlers aus der Welt geschafft werden. Warum schweigt er? - 3 -

Pädagogisches Museum Europas?

"Die Freiheit" in Mainz veröffentlicht folgenden Brief eines rheinland-pfälzischen Lehrers an den CDU-Ministerpräsidenten Dr. h.c. Peter Altmeier:

"Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Presseberichten zufolge haben Sie die Schulbaupolitik der rheinland-pfälzischen Regierung als eine "einmalige Leistung" bezeichnet. Nun gut, wer wollte schon bestreiten, daß beträchtliche Summen für den Schulneubau ausgegeben worden sind! Allenthalben, selbst in den kleinsten Dörfern, sind Schulen gebaut worden. Aber, Herr Ministerpräsident, können Sie mit ebensoviel Recht behaupten, das Geld auch sinnvoll angelegt zu haben? Sind Sie wirklich der Meinung, es sei eine rühmenswerte Tat, an die Stelle eines alten einklassigen Gebäudes nun ein neues einklassiges gesetzt zu haben? So, als ob verdorbener Fisch durch eine frische Blechverpackung genießbar würde!

Es ist eine einfache Rechnung: was ist wohl billiger, acht einklassige Schulen oder eine achtklassige? Die Antwort gibt Ihnen jeder Architekt. Welche Schule aber ist leistungsfähiger, die ungegliederte oder die voll ausgebaute? Die Antwort darauf gibt Ihnen jeder Lehrer!

Wer aber wollte das nicht füglich eine "einmalige Leistung" nennen, wenn eine Regierung mehr Geld für einen geringeren Erfolg ausgibt? Noch vor wenigen Jahren, noch vor einem Jahr, mußte, wer sich für die Zusammenlegung von Kleinstschulen einsetzte, schwerste Vorwürfe hinnehmen - auch von Regierungsseite. Er sah sich unversehens als kommunistenfreundlich apostrophiert, getreu nach der Methode: man mache den Gegner verdächtig, von der Sache redet dann keiner mehr. Begriffe wie Zentralschule, Mittelpunktschule waren suspekt, als bezeichneten diese Wörter mehr als eine Organisationsform.

Nun aber, Herr Ministerpräsident, hat Ihre Regierung die "Sammelklasse" entdeckt, offenbar um der Selbständigkeit der Leistung willen. Nun wollen Sie die siebenten und achten Schuljahre der Landschulen zusammenfassen. Aber selbst für eine so geringe Konzession an die Erfordernisse der Zukunft steht Ihnen nun Ihre eigene Schulpolitik der Vergangenheit im Wege. Jetzt gibt es Schwierigkeiten, weil Sie, obwohl Sie oft genug gewarnt worden sind, die zukunftslosen Schulverhältnisse dieses Landes zementiert haben - und das sogar im wörtlichen Sinn. Ich stimme gerne zu, wenn Sie dafür das Prädikat "einmalige Leistung" beanspruchen wollen.

Aber selbst jetzt, wo Sie und Ihr Herr Kultusminister den Kaiserschnitt gewagt haben, haben Sie Angst, das ganze Kind zu holen. Sie geben sich erst einmal mit einem Bein zufrieden, holen vielleicht später noch das andere, und so Stück für Stück. Aber haben Sie im Ernst die Hoffnung aus diesen Stücken später noch einmal etwas Lebendiges, Organisches herstellen zu können? Denn das wäre dann freilich eine "einmalige Leistung" - aber alle Erfahrung, alle Vernunft spricht dagegen.

Messen Sie, Herr Ministerpräsident, Ihre Schulbaupolitik nicht nur quantitativ, zählen Sie nicht nur die Schulen, die gebaut, und die Millionen, die ausgegeben worden sind - messen Sie Ihre Leistung auch qualitativ, das heißt: nach der Aufgabe, die bewältigt werden soll. Wieviel Millionen mögen nach diesem Masstab fehlgeleitet worden sein, wie viele Schulen mögen am falschen Platz stehen? Auch ein Museumsdirektor gibt viel Geld aus, und niemand macht ihm daraus einen Vorwurf. Sie, Herr Ministerpräsident, sollten nicht diese Rolle spielen. Setzen Sie aber die Schulbaupolitik des vergangenen Jahrzehnts fort, wird es Ihnen freilich als "einmalige Leistung" angerechnet werden müssen, Rheinland-Pfalz zum pädagogischen Museum Europas gemacht zu haben.

'Es braucht alles seine Zeit', hat mir vor kurzem ein Schulrat gesagt. Das ist wahr. Aber vergessen Sie bitte nicht, Herr Ministerpräsident, daß in dieser Zeit unsere Zukunft entschieden wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

gez. Hugo Brandt
Grolsheim/Krs. Bingen"

+ + +

In Würzburg geht ein böses Wort um

"Die werden den Herterich fertigmachen"

sp - Seit Tagen geht in Würzburg ein böses Wort um. In den Wirtschaften und Kaffeehäusern, auf der Strasse und in den Amtsstuben raunt man es sich zu - "D I E werden den Herterich fertigmachen!" Mit "DIE" meint man jene Gruppe der Würzburger Gesellschaft, die sich ganz offenbar in den vergangenen Jahren die Bälle zugeworfen hat, was daraus geschlossen werden kann, daß immerhin schon einige hohe Richter in der Versenkung verschwinden mußten, nachdem ihnen ein Dr. Herterich eine sehr zweifelhafte politische Vergangenheit nachgewiesen hatte. Als in der vergangenen Woche die junge Frau des Dr. Herterich - Mutter von zwei Kindern im Alter von 20 und vier Monaten - wegen angeblicher Verweigerung der Zahlung einer Gerichtskosten schuld in Höhe von 231,57 DM an die "Kronprinz-Rupprecht-von-Bayern-Stiftung" verhaftet wurde, hat kaum jemand in Würzburg den Verdacht loswerden können, man wolle jetzt die Familie Herterich "in die Zange" nehmen. Der Haftbeschwerde mußte "vorläufig" stattgegeben werden, um der jungen Mutter Zeit zu lassen, ihre kleinen Kinder in Pflege zu geben. Jetzt hat Senatspräsident Dr. Leiss vom Oberlandesgericht Bamberg verkündet, die Verhaftung sei zu Recht erfolgt, und wenn Frau Herterich sich nicht beeile, könne sie wieder verhaftet werden. - F o r m a l scheint die Sache in Ordnung zu sein, aber uns ist kaum ein Fall bekannt, in dem man wegen 231,57 DM in der letzten Zeit jemanden verhaftet hätte, noch dazu, wenn kein Fluchtverdacht vorliegt und der böse Wille zur Nichtzahlung nicht nachweisbar erscheint. Es ist wohl an der Zeit, daß man die Verhältnisse in Würzburg sehr genau durchleuchtet.

+ + +

Universität Bochum vor neuen Aufgaben

B.V. - "Die neue Universität Bochum wird den Problemen der Wirtschaft und der Technik besonders verpflichtet sein". Mit dieser Feststellung in der kürzlich veröffentlichten Denkschrift des Gründungsausschusses deutet sich an, daß die Bochumer Universität nicht nur eine neue Struktur aufweisen, sondern auch neue Wege in Forschung und Lehre beschreiten wird. Sie soll nicht nur der Entlastung der überfüllten Hochschulen dienen, sondern in jeder Hinsicht den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft gerecht werden.

Will man diese Aufgabe bewältigen, dann kann man sich in der Tat nicht damit begnügen, die bisherigen großen und schwerfälligen Fakultäten in Abteilungen sachgerecht zu gliedern und den Aufbau von akademischer Selbstverwaltung und Wirtschaftsverwaltung zu straffen und neu zu ordnen. Der Gründungsausschuß hat daher auch weitere Vorschläge gemacht, die nur zu begrüßen sind.

Verbindung von Technik und Geisteswissenschaft

Die grundsätzlichsste und vielversprechendste Entscheidung betrifft die Aufnahme von zwei technischen Abteilungen in die Hochschule, die in lebendiger Verbindung mit den Natur- und Geisteswissenschaften stehen sollen und damit eine neue Richtung der Forschung aber auch die Heranbildung eines neuen Typs von Ingenieuren erlauben.

Daneben aber gibt es wesentliche Erweiterungen der herkömmlichen Forschungszweige. In der vorgesehenen Abteilung für Philosophie, Pädagogik und Psychologie sollen Lehrstühle und Institute errichtet werden, die eben diesen Problemen der Wirtschaft, der Technik und des sozialen Lebens zugeordnet sind. Einige der Lehrstühle, wie die für Sozial- und Berufspsychologie oder für Sozialphilosophie, gewinnen dabei offensichtlich an Bedeutung für die Forschung und Lehre anderer Bereiche über die Grenzen der eigenen Abteilung hinaus. Auch bei den Rechts- und Sozialwissenschaften werden Schwerpunkte im Wirtschafts- und Sozialrecht und in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte gebildet. Selbst in den Abteilungen für Geschichte und für Medizin soll durch Lehrstühle für Sozial-, Wirtschafts- und Technikgeschichte und durch einen Lehrstuhl und ein Institut für Arbeitsmedizin das Bestreben betont werden, sich den Problemen der Industriegesellschaft zuzuwenden.

Arbeitswissenschaften im Vordergrund

Überhaupt rücken in Bochum die Arbeitswissenschaften an einer Hochschule erstmals in den Vordergrund. Drei Lehrstühle für Arbeitswissenschaft sind in den Abteilungen für Sozialwissenschaften, wo auch ein entsprechendes Institut seinen Platz finden wird, für Maschinenbau und für Elektrotechnik vorgesehen. Da auch die Medizin durch Lehrstühle für Arbeitsmedizin und Arbeitshygiene, für Berufskrankheiten und Unfallkrankheiten und durch ein entsprechendes Institut diesen Bereich einbezieht, kann es endlich zu einer umfassenden Erforschung und

Darstellung der Arbeitswissenschaft von verschiedenen Ausgangspunkten her kommen. Eine enge Zusammenarbeit der Lehrstühle, Institute und Abteilungen ist allerdings unerlässlich, da der isolierte Zugang weder für die Forschung noch für die Lehre auf diesem Gebiet sachgerecht und fruchtbar ist.

Ein Lehrstuhl für Erwachsenenbildung

Ein Lehrstuhl für praktische Pädagogik soll sich schließlich besonders der Erwachsenenbildung und der beruflichen Fortbildung widmen. Eine Arbeitsgemeinschaft für Publizistik und Kommunikation, die auch die ingenieurwissenschaftlichen Abteilungen umfasst, wird diesem Lehrstuhl zugeordnet. Auch hier wird es erstmals möglich sein, ganz neue, aber vordringlich gewordene wissenschaftliche Problemstellungen anzupacken. Die Errichtung eines entsprechenden Instituts für Erwachsenenbildung ist leider nicht geplant, obgleich nur dann eine umfassendere und kontinuierliche Forschung gewährleistet ist. Immerhin ist ein Anfang gemacht, der weitere Entwicklungen zulässt.

Anregungen des DGB aufgenommen

Der Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte in einer Denkschrift zur Gestaltung der Ruhruniversität bereits darauf hingewiesen, daß alle Planungen die besondere Lage und die besonderen Aufgaben einer Hochschule mitten im Industriegebiet berücksichtigen müßten. In konkreten Vorschlägen hatte er dargelegt, wie Arbeitswissenschaften, Erwachsenenbildung, Medizin, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und Rechtswissenschaft ihren besonderen Charakter an der Bochumer Universität gewinnen und die Probleme der Industriegesellschaft einbeziehen können. Nicht alles wurde jetzt in den Empfehlungen des Gründungsausschusses übernommen, aber vieles fand seinen Niederschlag. Es ist wohl ein Zeichen der Anerkennung für die sachgerechte Mitarbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wenn seine Vertreter auch in den Vorstand und Beirat der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Ruhr-Universität berufen wurden. Ihm geht es hier nicht um Interessenvertretung, sondern um Mitwirkung für das Allgemeinwohl.

Geistiges Zentrum im Ruhrgebiet

Bisher "gelangen zu wenig Fachkräfte in die Wirtschaft, die von der Hochschule her die Voraussetzungen für die Bewältigung der sozialen Aufgaben in der Wirtschaft mitbringen. Damit rückt das Problem "Mensch - Technik - Wirtschaft" immer stärker in den Vordergrund ..." Aus dieser Feststellung des DGB wurden jetzt weitgehend die praktischen Schlussfolgerungen gezogen.

Trotzdem bleibt noch manche Aufgabe zu lösen. Nicht zuletzt wird es auf die berufenen Hochschullehrer und auf die Verwirklichung im einzelnen ankommen, ob und wie die neue Hochschule sich auch den neuen Aufgaben stellen wird. Sie sollte, nicht nur nach den Vorstellungen des DGB, ein geistiges Zentrum im Ruhrgebiet werden, dessen Ausstrahlung allen dient, die um ihre geistige Weiterbildung, sei es mit, sei es ohne Hochschulreife, bemüht sind.